

Sachanträge zum BDT 2018

Name des Verbandes: Lingen
(Antrags-Nr. 1)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundesregierung auf, den freiwilligen Einsatz von Unternehmen im Bereich der nachhaltigen Verpackungs- und Mehrwegsysteme zu fördern.“

Begründung:

Bereits jetzt gibt es einzelne Initiativen von Unternehmen, die aus Überzeugung Einwegsysteme reduzieren bzw. ganz abschaffen. Mit entsprechenden Mehrwegsystemen werden weniger Ressourcen in der Herstellung von z.B. Plastikbechern verbraucht. Ebenso würde weniger Plastikmüll entstehen. Daher gilt es die Unternehmen mit einer attraktiven Förderung für diesen Weg zu gewinnen.

Votum der Antragskommission: Annahme

Name des Verbandes: Aschendorf-Hümmling
(Antrags-Nr. 2)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert Land und Kommunen auf, den öffentlichen Personenverkehr stärker zu bewerben, weiter auszubauen und finanziell stärker zu fördern.“

Begründung:

„Gerade im ländlichen Raum wird der öffentliche Personennahverkehr heute noch viel zu wenig genutzt. Ein Grund hierfür ist vor allem unzureichende Frequentierung und Taktung der Strecken. Hinzu kommt, dass auf einigen Strecken Busse unzuverlässig und nicht immer nach angegebenem Fahrplan fahren. Darüber hinaus sind Fahrpläne zum Beispiel im Emsländischen Bereich schwer zugänglich. Diese müssen in Zukunft einfacher und online abrufbar sein. Dafür könnten zum Beispiel Anwendungen wie Apps oder zumindest einfachere Internetauftritte genutzt werden. Umständliche PDF-Dateien mit unübersichtlichen Fahrplänen, wie sie aktuell angeboten werden, halten den Nutzer nur davon ab, vom öffentlichen Personennahverkehr Gebrauch zu machen.

Zudem muss der ÖPNV zukünftig insgesamt vom Lande und den Kommunen stärker beworben und finanziell gefördert werden, damit dieser als echte Alternative für die Menschen in unserer Region in Betracht kommt.

Votum der Antragskommission: Annahme

Sachanträge zum BDT 2018

**Name des Verbandes: Osnabrück-Land
(Antrags-Nr. 3)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundesregierung auf, die steuerfreien Einnahmen i.S.d. § 3 EStG um den folgenden Punkt zu ergänzen:

Steuerfrei sind die zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährten geldwerten Vorteile aus der Überlassung der BahnCard, die der Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer unentgeltlich oder verbilligt überlässt.

Begründung:

Aktuell stellen einige Unternehmen keine BahnCards für ihre Mitarbeiter aus, da diese in häufigen Fällen als geldwerte Vorteile versteuert werden müssen.

Mit einer BahnCard der Deutschen Bahn AG können Nutzer 12 Monate lang ermäßigte Fahrausweise erwerben. Die steuerliche Beurteilung ist abhängig davon, ob die Überlassung in überwiegendem eigenbetrieblichen Interesse des Arbeitgebers erfolgt oder nicht. Die Beurteilung erfolgt anhand einer prognostizierten Vollamortisation (Prognose, ob zum Zeitpunkt der Hingabe der BahnCard die ersparten Kosten für Einzelfahrscheine, die im Rahmen der Auswärtstätigkeit anfallen würden, die Kosten der BahnCard erreichen oder übersteigen). Liegt die Überlassung der BahnCard nicht im überwiegend eigenbetrieblichen Interesse (Prognose der Teilamortisation) stellt die Überlassung der BahnCard derzeit zunächst in voller Höhe steuerpflichtigen Arbeitslohn dar. Die während der Gültigkeitsdauer der BahnCard ersparten Fahrtkosten mindern dann im nachhinein als Korrekturbetrag den steuerpflichtigen Arbeitslohn. Aufgrund dieser aufwendigen und bürokratischen Berechnung verzichten einige Unternehmen derzeit auf die Ausstellung von BahnCards.

Wir möchten mit dieser Gesetzesänderung einen Anreiz schaffen, dass mehr Unternehmen ihren Mitarbeitern BahnCards zur Verfügung stellen und für Geschäftsreisen vermehrt die Bahn als Verkehrsmittel in Anspruch genommen wird.

Wir erachten den Anreiz aus ökologischen Gründen für sinnvoll.

Votum der Antragskommission: Annahme

Sachanträge zum BDT 2018

Name des Verbandes: Meppen
(Antrags-Nr. 4)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert eine automatische Gutschrift der Entschädigung im Falle einer Verspätung über 60 Minuten oder eines Zugausfalls beim Reisen mit Bahngesellschaften.

Begründung:

Die Bahn steht seit Jahren für Zugverspätungen und -ausfälle in der Kritik. Dies ist gerade auch in der Region gehäuft ein wichtiges Thema für die junge Generation gewesen. Aktuell kann bei der Deutschen Bahn eine Verspätung über das sog. Fahrgastrechte-Formular beantragt werden. Hier müssen die Verspätung durch Bahnpersonal bestätigt, das Formular ausgefüllt, Belege gesammelt und an das Reisezentrum verschickt werden. Da dies bürokratischen Aufwand erfordert, entscheidet sich der Verbraucher oft gegen die Entschädigungsforderung und geht leer aus. Dies senkt auch die finanziellen Anreize für die Bahn, eine verlässliche Versorgung zu gewährleisten. In Zeiten der Digitalisierung sollte über den Einsatz neuer Technologien der Nachweis der Verspätung und die Rückerstattung der entstandenen Kosten deutlich vereinfachbar und automatisierbar sein.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Name des Verbandes: Grafschaft Bentheim
(Antrags-Nr. 5)

Der Bezirksdelegiertentag der Jungen Union Osnabrück-Emsland spricht sich für ein generelles Werbeverbot für Tabakprodukte aus. An Verkaufsstationen die Tabakprodukte anbieten darf im unmittelbaren Verkaufsbereich geworben werden. Vor allem Werbung auf Großplakaten oder an Bushaltestellen muss Deutschlandweit verboten werden.

Begründung:

Werbung für Tabakerzeugnisse ist in Deutschland trotz der Verpflichtung über das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs deutlich weniger eingeschränkt als in allen anderen EU-Ländern. So erreicht Deutschland im Tabakkontrollindex der europäischen Krebsligen von 2016 im Bereich Werbe- und Sponsoringverbote nur 4, die restlichen EU Staaten aber zwischen 6 und 13 von 13 möglichen Punkten. Tabakrauch enthält über 4.800 verschiedene Substanzen, viele davon sind giftig und krebserzeugend. Beim Einatmen des Rauchs werden diese Giftstoffe über die Lunge aufgenommen und im gesamten Körper verteilt. Die

Sachanträge zum BDT 2018

Folge: So gut wie jedes menschliche Organ wird durch das Rauchen geschädigt. Rauchen schädigt und tötet, deshalb muss es unmittelbares Interesse der JU sein, für eine solche Droge keinerlei Werbung zu gestatten.

Votum der Antragskommission: Annahme mit Änderung

Änderungsantrag: *Der Bezirksdelegiertentag der Jungen Union Osnabrück-Emsland spricht sich für ein generelles Werbeverbot für Tabakprodukte aus. Vor allem Werbung auf Großplakaten oder an Bushaltestellen muss Deutschlandweit verboten werden. Einzige Ausnahme bilden Verkaufsstationen, die Tabakprodukte anbieten. Ausschließlich an diesen darf weiterhin im unmittelbaren Verkaufsbereich geworben werden.*

**Name des Verbandes: Grafschaft Bentheim
(Antrags-Nr. 6)**

Die Junge Union Osnabrück Emsland unterstützt die Aktion „Jugend – Zukunft – Schaffen“ vom Landesjugendring. Damit verbunden fordern wir von Seiten der Landesregierung eine Erhöhung der Bildungsmittel für Jugendarbeit um zwei Millionen Euro jährlich ein. Künftig sollen diese Mittel stetig an die Preissteigerung angepasst werden.

Begründung:

Freie Jugendträger bieten immer mehr Freizeit und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche an. Diese meist ehrenamtliche Arbeit muss mehr Wertschätzung erhalten und darf nicht aus finanziellen Gründen eingeschränkt werden. Die Fördermittel wurden in den letzten 25 Jahren faktisch nicht erhöht bei steigenden Ausgaben. Dies führt dazu, dass ein immenses Potenzial an Bildung, Integration, Erziehung und Stärkung von Gemeinschaften bei Kinder und Jugendlichen in allen Gesellschaftsschichten nicht genutzt wird.

Votum der Antragskommission: Annahme

**Name des Verbandes: Grafschaft Bentheim
(Antrags-Nr. 7)**

Die JU Osnabrück Emsland spricht sich für eine nachhaltige, menschenwürdige und sozial verträgliche Betreuung von Sozial- und Pflegeunternehmen aus. Eine reine Profitmaximierung auf Kosten von Patienten, Arbeitskräften oder der eingesetzten Materialien, z.B. aus öffentlichen Sozialkassen, lehnen wir entschieden ab. Darüber hinaus fordern wir verstärkt caritative und öffentliche Betreiber zu fördern, um

Sachanträge zum BDT 2018

Großkonzernen welche eine reine Gewinnmaximierung zu Lasten der Arbeitsbedingungen und der Menschenwürde betreiben, den Einstieg in diesen Wirtschaftszweig zu erschweren.

Begründung:

Aus moralischen Gründen darf man menschliche Lebensqualität nicht als Rohstoff für Gewinne ausnutzen. Dies ist fest in unserem Grundgesetz verankert, da bereits in der Präambel die Verantwortung für den Menschen beschrieben ist. In profitorientierten, oftmals minderwertig erbauten Einrichtungen wird den Bewohnern sowie den Pflegekräften nachhaltig geschadet. Wir als Partei auf Grundlage christlicher Werte müssen uns bekennen, um so einen Sektor zu schaffen, welcher nicht rein zahlenbasiert ist.

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Änderungsantrag: Die JU Osnabrück Emsland spricht sich für eine nachhaltige, menschenwürdige und sozial verträgliche Betreuung von Sozial- und Pflegeunternehmen aus. Eine reine Profitmaximierung auf Kosten von Patienten, Arbeitskräften oder der eingesetzten Materialien lehnen wir entschieden ab. Da diese Gewinne aus langjährigen ersparten und Sozialkassen gespeist werden. Darüber hinaus fordern wir verstärkt caritative und öffentliche Betreiber, sowie private Betreiber, welche freiwillig einen erhöhten Qualitätsstandart umsetzen zu fördern, um Betreibern welche eine reine Gewinnmaximierung zu Lasten der Arbeitsbedingungen und der Menschenwürde betreiben, den Einstieg in diesen Wirtschaftszweig zu erschweren.

Name des Verbandes: Osnabrück-Land (Antrags-Nr. 8)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die niedersächsische Landesregierung auf, die Mindestdauer des ehrenamtlichen Engagements als Hürde für den Erhalt der Ehrenamtskarte von drei Jahren auf 18 Monate zu verkürzen. Die Gültigkeit wird in diesen Fällen auf 18 Monate begrenzt. Bei ehrenamtlichem Engagement von mind. drei Jahren beträgt die Gültigkeit weiterhin drei Jahre.

Begründung:

Ziel der Ehrenamtskarte ist es, Menschen durch Vergünstigungen für das Ehrenamt zu begeistern. Unserer Meinung nach sollten ehrenamtlich tätige Bürger schon deutlich eher Gebrauch dieser Ehrenamtskarte machen dürfen, um ihnen auf diesem Weg zu zeigen, dass ihr Engagement wertgeschätzt wird. Die dreijährige Mindestdauer im Ehrenamt ist gerade für junge Menschen, die erstmalig für ein

Sachanträge zum BDT 2018

Ehrenamt begeistert werden sollen, ein großes Hindernis. Dadurch verliert die Ehrenamtskarte ihren Anreiz. Gerade für junge Menschen, die ja verhältnismäßig stark von den Vergünstigungen der Ehrenamtskarte profitieren, verändern sich die schulischen und beruflichen Pläne so schnell, dass eine Mindestdauer von drei Jahren schwer erreichbar ist.

Votum der Antragskommission: Annahme

**Name des Verbandes: Meppen
(Antrags-Nr. 9)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert Gymnasien in der Region dazu auf, verstärkt Ausbildungsberufe als gleichberechtigt neben Studium in der Berufsorientierung der Oberstufenschüler zu berücksichtigen.

Begründung:

Der Anteil an Abiturienten in der Gesellschaft steigt kontinuierlich an. Die Entscheidung vieler Schüler, sich in dieser Form akademisch weiterzubilden, ist zu begrüßen, solange die akademischen Standards dafür nicht abgesenkt werden. Allerdings verschärft sich dadurch der Fachkräftemangel in der Region, insbesondere im Handwerk. Aus traditioneller Sicht wird das Abitur trotzdem immer noch häufig als Vorstufe zum Studium angesehen. Dazu besteht aber keine Notwendigkeit. Als Junge Union sind wir in einer guten Position, die gleichberechtigte Anerkennung von Ausbildungsberufen in der Gesellschaft zu unterstützen. Strukturell kann die schulische Berufsorientierung hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Votum der Antragskommission: Annahme

**Name des Verbandes: Osnabrück-Land
(Antrags-Nr. 10)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Erarbeitung eines verbesserten Konzeptes zur Anerkennung von Berufsqualifikation in Deutschland zusammen mit grenzübergreifenden Organisationen wie der EUREGIO. Dieses Konzept soll einheitlich in Deutschland nutzbar sein und eine schnelle Lösung für den Bewerber bieten. Hierbei sollte auch ein Quereinstieg in das Ausbildungssystem zur Erhaltung eines gleichwertigen Abschlusses bei niedrigeren Qualifikationslevel gehören.

Sachanträge zum BDT 2018

Begründung:

Aktuell definiert jedes EU-Land das Vorgehen selber¹. In Deutschland muss man sich zur Anerkennung an eine der zuständigen Behörden wenden, welche zumeist einzeln und manuell geprüft werden und nach häufig langer Wartezeit (mehrere Monate) ein Feedback geben. Auch wenn wir in Niedersachsen mit nur einer landesweiten Anlaufstelle schon zentrierter arbeiten als andere Bundesländer (im Vergleich NRW ~ 50)², so wäre ein standardisierter und automatisierter Prozess zur Anerkennung wünschenswert. So könnten Bewerber aus den EU-Mitgliedsländern schneller in Deutschland arbeiten und die Hürden wären geringer. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sollten Barrieren dieser Art abgebaut werden. Ein solcher Prozess könnte beispielsweise ein berufsgruppenspezifischer Einstufungstest in Kombination mit Kriterien, wie der Ausbildungsdauer und -intensität sein. In diesem Bereich leisten Organisationen wie die EUREGIO bereits gute Arbeit, z.B. indem sie Informationsmaterialien über diese Phase der niederländischen Berufsbildung sammeln und zur Verfügung stellen.³ Hier muss weitergearbeitet werden und ein ganzheitliches Konzept entstehen.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Name des Verbandes: Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 11)

Die Junge Union Osnabrück Emsland fordert einen Ausbau der Kapazitäten zur besseren Erreichbarkeit der Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen.

Begründung:

Die Terminservicestellen wurden 2016 eingeführt, damit Versicherte schneller einen Termin bei einem Facharzt bekommen. Versicherte benötigen dafür lediglich eine Überweisung vom Arzt mit einem entsprechenden Hinweis. Die Servicestellen sollen dann innerhalb von vier Wochen einen Termin vermitteln. In der Praxis zeigt sich allerdings, dass viele Versicherte die Servicestellen nicht erreichen. In zahlreichen Selbstversuchen war die Nummer über Stunden Dauerbesetzt. Vor allem an Freitagen ist die Stelle geplant nur von 09–14 Uhr erreichbar. Eine Ausweitung der Zeiten sowie einem Ausbau der personellen Kapazitäten hätte neben einer besseren

¹ https://europa.eu/youreurope/citizens/work/professional-qualifications/recognition-of-professional-qualifications/index_de.htm

² http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/regprof/index.cfm?action=view_document&id_document=78

³ <http://www.lerende-euregio.com/media/10789/berufsausbildungen.pdf>

Sachanträge zum BDT 2018

Erreichbarkeit auch eine schnellere Vermittlung von Patienten an entsprechende Fachärzte zur Folge.

Votum der Antragskommission: Annahme

**Name des Verbandes: Grafschaft Bentheim
(Antrags-Nr. 12)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert den Familiennachzug für subsidiär anerkannte Flüchtlinge. Integration kann nur gelingen, wenn die Familie (kleine Kernfamilie) dabei unterstützt, die Sprache zu lernen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Es ist nicht menschlich und auch nicht mit unseren Parteigrundsätzen vereinbar, dass wir Familien voneinander trennen.

Begründung:

Mit Blick auf das CDU Wahlprogramm, wo es heißt: „Familie und Kinder gehören für die große Mehrheit der Frauen und Männer in unserem Land zu einem glücklichen Leben dazu“ muss dies auch für Geflüchtete gelten. Das neue Kabinett hat eine Regelung verabschiedet,

womit jeden Monat 1000 Familienmitglieder, von Flüchtlingen mit subsidiären Schutzstatus, nachgezogen werden können. Diese Regelung stimmt nicht mit den Zielen der CDU überein.

Wenn man nämlich guckt für welche Familienpolitik die CDU steht, dann findet

man die Worte: „Ehe und Familie sind der Fels unserer Gesellschaft. Hier suchen und finden Menschen Liebe, Geborgenheit und gegenseitige Unterstützung. Familie und Kinder gehören für die große Mehrheit der Frauen und Männer in unserem Land zu einem glücklichen Leben dazu. Unser Familienbild ist deshalb klar: Familie ist für uns überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen“. Das heißt also, dass

man für ein gutes Leben in der Bundesrepublik seine Familie braucht. Auch die Unterstützung wird angesprochen, die man durch seine Familienmitglieder bekommt. Um Integration zu erreichen, muss die Grundbedingung erfüllt sein: die Sprache. Um die Sprache sprechen

zu können, müssen wir uns in die Gesellschaft integrieren. Und um das tun zu

können, brauchen wir als Wichtigstes: unsere Familie, unsere kleine Kernfamilie. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht von 100000 bis 200000 Flüchtlingen aus, die

Sachanträge zum BDT 2018

durch den Familiennachzug nach Deutschland kommen würden. Diese Zahl ist

zum Ersten, im Vergleich zu den Zahlen, die meist publiziert werden, sehr gering und zum zweiten braucht man mehr als 9 Jahre, um diese Zahl zu erreichen, wenn wir strikt nach der Regelung von 1000 Nachgezogenen pro Monat gehen. Wir werden unseren Grundsätzen und

unseren Wahlversprechen nicht gerecht, wenn wir diese Regelung für den Familiennachzug beibehalten. Zudem glaube ich, dass wir durch das Verhindern der Familienzusammenführung, eine vernünftige Integration verhindern, die nur

mithilfe der Familie stattfinden kann. Wir müssen unseren Grundsetzten gerecht werden und in unserer Politik zeigen wofür das „C“ in CDU steht. Um dies zu unterstreichen sollten wir den Wort aus der Heiligen Schrift folgen, in dem es heißt (SPRÜCHE 14, 31): Wer dem Geringen Gewalt tut, lästert dessen Schöpfer; aber wer sich des

Armen erbarmt, der ehrt Gott.

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Änderungsantrag: *Die Junge Union Osnabrück–Emsland fordert den Familiennachzug für subsidiär anerkannte Flüchtlinge. Integration kann nur gelingen, wenn der engste Familienkreis (Mutter, Vater, Kinder unter 18 Jahren) dabei unterstützt, die Sprache zu lernen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Es ist nicht menschlich und auch nicht mit unseren Parteigrundsätzen vereinbar, dass wir Familien voneinander getrennt lassen.*

Name des Verbandes: Osnabrück–Land (Antrags–Nr. 13)
--

Die Junge Union Osnabrück–Emsland fordert Horst Seehofer auf, als Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat zurückzutreten.

Begründung:

Die Wahlergebnisse der letzten beiden Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben deutlich gemacht, dass innerhalb der CDU und CSU dringender Handlungsbedarf vorliegt. Die schlechten Ergebnisse sind vor allem durch die vielen Personaldebatten und die fehlende Sachpolitik geschuldet. Hauptverantwortlich hierfür ist Horst Seehofer. Die Landtagswahl in Bayern hat gezeigt, dass wir keine Wahlen gewinnen, wenn wir am rechten Rand auf Stimmenfang gehen, sondern dadurch zunehmend unsere liberalen und sozialen Wähler verlieren. Die CDU muss die

Sachanträge zum BDT 2018

Partei der Mitte bleiben und durch konstruktive, inhaltsstarke und konservative Politik die Stimmen der Wähler gewinnen.

Horst Seehofer muss die Konsequenz hieraus ziehen und als Bundesminister zurücktreten.

Votum der Antragskommission: Annahme

**Name des Verbandes: Osnabrück-Land
(Antrags-Nr. 14)**

Die Junge Union fordert die Bundesregierung auf, den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen.

Begründung:

Die im Koalitionsvertrag geplante „Abschaffung“ des Solidaritätszuschlags (für etwa 90% der Steuerpflichtigen) geht nicht weit genug. Die „Abschaffung“ ist sozial unfair und aufgrund der geplanten Freigrenze eine Einführung der Reichensteuer durch die Hintertür. Die Steuerbelastung in Deutschland gilt als eine der höchsten weltweit. Ein Großteil davon wird vom Mittelstand getragen. Auch nach der geplanten „Abschaffung“ werden Teile des Mittelstandes weiterhin zur Kasse gebeten, dabei ist der finanzielle Spielraum für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags jetzt vorhanden. Den neuesten Zahlen zufolge hat der Staat im ersten Halbjahr 2018 einen Überschuss von 48,1 Milliarden Euro erzielt. Das sind mehr als 1.100 EUR pro Privathaushalt. Deutschland kann sich die vollständige Abschaffung sofort leisten.

Daher bedarf es jetzt einer Steuerentlastung, von der alle Bürger profitieren.

Votum der Antragskommission: Annahme

**Name des Verbandes: Osnabrück-Land
(Antrags-Nr. 15)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, Beratungsstellen zum Thema Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowohl für KMU (z.B. über die Kammern) als auch für Vereine und Verbände zu schaffen. Die Umsetzung der DSGVO setzt vielen, vor allem kleinen Unternehmen, Organisationen und Vereinen sehr zu. Sie dürfen mit den resultierenden Herausforderungen nicht allein gelassen werden.

Sachanträge zum BDT 2018

Begründung:

„Es darf nicht passieren, dass kleine Unternehmen an den Herausforderungen der DSGVO scheitern, sei es durch Werbungsvermeidung auf Grund der Angst, etwas falsch zu machen oder einer Klage wegen falscher Nutzung der Daten aus Unwissenheit. Aber auch Vereine und Verbände stehen diesen Herausforderungen gegenüber. Die häufig Ehrenamtlichen müssen sich nun zusätzlich mit den schwer definierten Verordnungstexten auseinandersetzen. Sie sollten in ihrem Ehrenamt unterstützt und nicht zusätzlich belastet werden.“

Votum der Antragskommission: Annahme mit Änderung

Änderungsantrag: *Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, Beratungsstellen zum Thema Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für Vereine und Verbände zu schaffen. Die Umsetzung der DSGVO setzt vielen, vor allem kleinen Unternehmen, Organisationen und Vereinen sehr zu. Sie dürfen mit den resultierenden Herausforderungen nicht allein gelassen werden.*

**Name des Verbandes: Osnabrück-Land
(Antrags-Nr. 16)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, kleine und mittelständische Unternehmen, vor allem im Handwerk, im Bereich des Personalmarketings zu unterstützen, um dem Arbeits-, Fachkräfte- und Nachwuchskrätemangel entgegenzuwirken. Regionale Beratungseinheiten, z.B. angegliedert an die Kammern, würden dem entgegenwirken. Es sollte ein passendes Konzept erarbeitet und die Einheiten unterstützt werden.“

Begründung:

Es muss eine örtliche Verknüpfung zu dem jeweiligen Unternehmen hergestellt werden. Daher reicht es nicht aus, wenn die Bundesagentur für Arbeit ihr Personal Marketing verbessert. Die Unternehmen müssen selbst zusätzlich werben.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

**Name des Verbandes: Lingen
(Antrags-Nr. 17)**

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert den Gesetzgeber in Verbindung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsens auf, dass die Regelung der

Sachanträge zum BDT 2018

Bedarfsplanung mit den sog. Planungsbereichen für den ländlichen Raum flexibilisiert wird.“

Begründung:

Mit der zum 01. Januar 2013 in Kraft getretenen Reform der Bedarfsplanung soll eine möglichst gleichmäßige Verteilung der zur vertragsärztlichen Versorgung zugelassenen Ärzte und Psychotherapeuten erreicht werden. Ein definierter Quotient (Ärzte pro Einwohner) wird festgelegt und spiegelt somit den Bedarf eines definierten räumlichen Bereichs wider. Ist bei dieser Bedarfsplanung die Quote erreicht, gilt der Bereich als „übersorgt“ und wird für weitere Ärzte gesperrt. In einem gesperrten Planungsbereich können sich Ärzte und Psychotherapeuten grundsätzlich nur dann neu niederlassen oder anstellen, wenn ein anderer Arzt oder Psychotherapeut seine Zulassung zurückgibt und damit ein Arztsitz in der Fachgruppe frei wird. Hier fordert die Junge Union Osnabrück-Emsland ein Umdenken und fordert die Flexibilisierung dieses statischen Verfahrens. Ärzte die sich auf dem Land niederlassen wollen, sollten gefördert werden und nicht aufgrund bürokratischer Hürden an der Niederlassung gehindert werden.

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Name des Verbandes: Lingen (Antrags-Nr. 18)
--

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Einführung eines verpflichtenden Sozialprojektes für ein Jahr in der Mittelstufe im zeitlichen Rahmen von zwei Wochenstunden (90 Minuten).“

Begründung:

Das Sozialprojekt ist an einigen Schulen Niedersachsens bereits seit vielen Jahren fester Bestandteil des Schulkonzepts. So verbringen beispielsweise schon seit dem Jahr 2004 alle Schüler der 8. Jahrgangsstufe der Gesamtschule Emsland zwei Wochenstunden (90 Minuten) – selbstverständlich ohne Bezahlung – in einer öffentlichen, karitativen oder kirchlichen Einrichtung, um sich hier ehrenamtlich zu engagieren. Plätze finden sich z.B. in Kindergärten, diversen Vereinen, Altersheimen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Kirchengemeinden, Tierheimen, bei der Feuerwehr, dem THW, dem Deutschen Roten Kreuz u.v.m. Das Konzept gelingt: Die soziale Kompetenz der Schüler wird nachhaltig gefördert, die Einrichtungen freuen sich über das Engagement der Schüler und es ergeben sich nicht selten Wege zu langfristigen ehrenamtlichen Tätigkeiten über das soziale Projekt hinaus. Schüler, die bereits ehrenamtlich aktiv sind, werden selbstverständlich nicht

Sachanträge zum BDT 2018

aufgefordert sich ein weiteres Engagement aufzubürden, sondern können sich ihre Tätigkeit ganz einfach „anrechnen“ lassen. Auch führt das Konzept nicht zu einer Ausuferung des Kerncurriculums oder gar zu einer Überstrapazierung der häufig schon knapp bemessenen Zeit der Schüler. Das soziale Projekt ersetzt in der jeweiligen Jahrgangstufe die meist verpflichtenden AGs bzw. Wahlpflichtkurse. Die positiven Effekte des Projektes lassen sich indes noch steigern, indem zum Abschluss des Jahres besonders erfolgreiche und einsatzfreudige Schüler mit Urkunden und Gutscheinen o.ä. geehrt werden, die ihr außergewöhnliches soziales Interesse dokumentieren sollen und auf die sie dann zurecht stolz sein können.

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Name des Verbandes: Lingen (Antrags-Nr. 19)
--

„Die Junge Union fordert das Europaparlament dazu auf sich, im Zuge der Etablierung des 5G Netzes in Europa, für die Abschaffung der so genannten Fair-Use-Regelung bezüglich des EU-Roamings einzusetzen“

Begründung:

Trotz des Meilensteins der Einführung des grundsätzlich kostenfreien EU-Roamings, ist die Marktsituation beim Mobilfunk weiterhin unbefriedigend. Durch die so genannte Fair-Use-Regelung die auf Wunsch der Mobilfunkbranche eingeführt wurde, kann man bisher immer noch nicht einen Mobilfunkvertrag im EU-Ausland abschließen, bzw. ohne Zusatzkosten nutzen, solange man sich nicht mindestens sechs Monate eines Jahres im Land des Mobilfunkanbieters aufhält. Die nachvollziehbaren Bedenken der Mobilfunkbranche sind, dass das hohe Preis-/Leistungsgefälle ausgenutzt wird. Es ist jedoch auch jetzt schon am Beispiel der Niederlande ersichtlich, dass ein besseres Netz nicht immer teurer sein muss. Daher soll die Fair-Use-Regelung zur Durchsetzung der Dienstleistungsfreiheit abgeschafft werden. Um der Mobilfunkbranche eine angemessene Karenzzeit zu gewährleisten, erscheint die Verknüpfung mit der Einführung des neuen 5G Mobilfunkstandards sinnvoll. Somit können die Gegebenheiten in den Mitgliedsländern angeglichen und ein fairer Wettbewerb geschaffen werden.

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Sachanträge zum BDT 2018

Name des Verbandes: Lingen
(Antrags-Nr. 20)

„Die Junge Union Osnabrück–Emsland fordert die Bundesregierung auf, die neue Initiative „Zukunftsbündnis Schiene“ des Bundesverkehrsministeriums (BMVI) tatkräftig zu unterstützen und diese zeitnah umzusetzen.“

Begründung:

Im Bereich des Schienenverkehrs wird überwiegend mit Strom gearbeitet. Auch neue Antriebsformen werden bereits getestet. Daher würde eine breitere Nutzung des Schienenverkehrs, insbesondere beim Transport von Gütern, eine CO₂-Einsparung erfolgen. Ziel sollte es sein, den Anteil des Verkehrs (Güter- und Personenverkehr) auf der Straße zu reduzieren und diesen auf die Schiene zu verlagern.

Votum der Antragskommission: Annahme

Name des Verbandes: Lingen
(Antrags-Nr. 21)

Die Junge Union Osnabrück–Emsland fordert die Einführung einer flächendeckenden Impfpflicht für Impfungen hoher Wichtigkeit und Infektiosität.

Begründung:

Durch Impfungen können Krankheiten vorgebeugt und diese auf lange Sicht beseitigt werden. So ist es durch Massenimpfungen, welche Pflicht waren, gelungen die Pocken bis 1980 auszurotten. Aufgrund der zunehmenden Zahlen von Impfgegnern und deren Desinformationskampagnen in der Bundesrepublik muss über die Einführung einer Impfpflicht nachgedacht werden um weiterhin einen Schutz der Bevölkerung gewährleisten zu können. Zudem haben andere Staaten in der EU wie die Italien und Frankreich die Impfpflicht bereits mit Erfolg eingeführt.

Votum der Antragskommission: Annahme

Name des Verbandes: Lingen
(Antrags-Nr. 22)

Die Junge Union Osnabrück–Emsland fordert kleine Vereine und NGOs von der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auszunehmen.

Sachanträge zum BDT 2018

Begründung:

Kleine Vereine und NGOs sind oftmals nicht in der Lage die nötigen Ressourcen zur Einhaltung der DSGVO vorzuhalten. Zudem sind diese dadurch häufig nicht fähig die Gesetzgebung voll und ganz zu überblicken. So haben einige Vereine ihre Internet Präsenz eingeschränkt oder sogar komplett eingestellt, da sich nicht sicher waren in wie weit sie noch Fotografien usw. einsetzen durften. Eine Ausnahme von der Regelung wäre eine Erleichterung für die Vereine und Organisationen und auch keine Gefahr für den Datenschutz, da sich diese nicht die eigentliche Zielgruppe der DSGVO sind.

Votum der Antragskommission: Annahme

Name des Verbandes: Lingen (Antrags-Nr. 23)
--

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Einführung einer Förderung für Ersteigentum.

Begründung:

In ganz Deutschland haben wir vermehrt mit überhöhten Mietpreisen und Verknappung des Wohnraumes zu kämpfen. Die heutigen Fördermaßnahmen greifen häufig an der falschen Stelle, da sie zum Teil ungewollt die Entstehung von Wohnungen im premium Segment vor anderen bevorzugen. Auch die Einführung der Mietpreisbremse hat dies nicht geändert, sondern das Problem teilweise noch verschlimmert wie Experten darlegen. Der Ruf des linken Spektrums nach mehr Planwirtschaft im Wohnungsmarkt, durch Wohnungen im Staatsbesitz oder Maximalpreisen greifen an der falschen Stelle und sind im hohen Maße ungerecht. Im europäischen Vermögensvergleich fällt auf, dass die Bürger der wirtschaftlichen schwachen Südländer teilweise mehr als das doppelte Durchschnittsvermögen besitzen. Dies liegt an den hohen Eigentumsquoten. Auch in Deutschland wäre es wünschenswert mehr Eigentum im Besitz der Bevölkerung zu haben, da diese durch den Bau von Eigentum wohnungstechnisch abgesichert sind. Dies kann natürlich nur erfolgen, wenn das Eigentum erschwinglich und ohne große Schuldenberge erworben werden kann. Daher braucht es in Deutschland ein Förderprogramm für Personen, zumeist junge Familien und Menschen am Beginn ihres Berufslebens, welches ihnen ermöglicht bedarfsgerechten Wohnraum günstig zu erwerben. Vorbild hierfür könnte Neuseeland sein, welches unter der neuen Regierung ein Projekt zur staatlichen Teilfinanzierung von Neubauten initiiert hat. Dies hat den Vorteil, dass junge Familien ohne hohe Schulden in das weitere Leben starten und keine Mieten zahlen

Sachanträge zum BDT 2018

müssen. Hierdurch haben sie mehr Geld zu Verfügung um für das Alter vorzusorgen oder den Binnenkonsum zu stärken.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

**Name des Verbandes: Lingen
(Antrags-Nr. 24)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die heimische Wirtschaft dazu auf mit Blick auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel das Lohnniveau der Region an die Produktivität anzugleichen, um weiterhin für Fachkräfte aus anderen deutschen Regionen attraktiv zu bleiben. Gleichzeitig fordert die Junge Union Osnabrück-Emsland bessere Bedingungen für Unternehmen zu schaffen, um die höheren Lohnkosten der Unternehmen möglichst zu kompensieren.

Begründung:

Die Wirtschaft im Raum Osnabrück-Emsland hat sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt. Dies ist gleichermaßen der Verdienst von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Angesichts des sich bundesweit abzeichnenden Fachkräftemangels stehen die Unternehmen aus unserer Region allerdings zunehmend mit anderen deutschen und europäischen Regionen im Wettbewerb um Fachkräfte. Dabei ermöglicht nur der Zugang zu qualifizierten Fachkräften langfristig wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Dieser Wettbewerb muss sowohl von der Politik, als auch von den Unternehmen aktiv angenommen werden. Neben guten politischen Bedingungen für die Entfaltung und die Zukunftsperspektive der Unternehmen als Arbeitgeber, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der allgemeinen Lebensqualität, die Politik und Wirtschaft als Zieldimensionen ihres Handels erkannt haben, bleibt dabei häufig ein wichtiger Faktor im Kampf um Fachkräfte unerwähnt. Dies ist das Lohnniveau. Im bundesweiten Vergleich, aber auch gegenüber den Niederlanden schneidet unsere Region hier eher schlecht ab. Zwar sind einerseits geringere allgemeine Lebenskosten und insbesondere die geringeren Kosten für Wohnraum korrigierend mit in die Betrachtung einzubeziehen, doch bleibt nichtsdestotrotz der Eindruck bei vielen Fachkräften, sowohl solchen, die aus der Region stammen und beispielsweise außerhalb der Region studiert haben, als auch solchen, die in benachbarten Regionen leben, bestehen, dass unserer Region überwiegend unterdurchschnittliche Gehälter gezahlt werden. Selbstverständlich fallen Gehälter nicht vom Himmel, sondern müssen durch Leistung begründet sein. Genauso selbstverständlich sind die Gehaltsstrukturen der Region ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil und tragen letztlich auch zur geringen Arbeitslosigkeit bei. Niemandem ist dran gelegen mit wirtschaftlich unbegründet hohen Gehältern die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu schwächen und die Arbeitslosigkeit mittelfristig zu erhöhen.

Sachanträge zum BDT 2018

Dennoch besteht ein erkennbares Missverhältnis zwischen der Produktivität und den Gehältern in unserer Region. Es ist im Interesse der regionalen Wirtschaft, wie auch der Region als solcher, dieses Missverhältnis in einem kontinuierlichen Prozess aufzulösen, um weiterhin Fachkräfte anziehen und halten zu können, und um langfristig die größtmögliche Wohlfahrt für die Menschen und Unternehmen der Region zu ermöglichen. Hierbei muss grundsätzlich erkannt werden, dass sich der Arbeitsmarkt infolge des Fachkräftemangels zunehmend von einem Angebotsmarkt, auf dem die Anbieter von Arbeit, also die Unternehmen, die Preis-, hier also Lohngestaltung (Preis für Arbeit) dominieren, hin zu einem Nachfragemarkt entwickelt, bei dem letztlich die Nachfrager nach Arbeit, die Arbeitnehmer, eine dominantere Rolle bei der Lohnfindung spielen werden. Dies ist eine logische Konsequenz des demographischen Wandels bei dem potentiellen Arbeitnehmer knapper werden und wird sich zwangsläufig in höheren Lohnkosten für die Unternehmen widerspiegeln. Diese sind insoweit alternativlos, als nur die Deckung des Bedarfs an Fachkräften wirtschaftliches Wachstum ermöglichen wird. Da Preis-Lohnfindung frei sind und weiterhin frei bleiben sollen, obliegt der Politik die Aufgabe regelmäßig auf diesen Umstand hinzuweisen, um die Arbeitgeber zu sensibilisieren. Gleichzeitig sind aber auch die Arbeitgeber aufgerufen von der Politik regelmäßig die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre eigenen Tätigkeit zu fordern. Dieser Prozess soll nicht gegeneinander, sondern vielmehr wechselseitig im gemeinsamen Interesse einer größtmöglichen Wohlfahrt der Region von Statten gehen. Zusammenfassend muss es Ziel der Unternehmen sein, höhere Gehälter zahlen zu können, um für Fachkräfte attraktiv zu sein, genauso wie es Ziel der Politik sein muss, den Unternehmen dies zu ermöglichen. Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert beide Parteien auf dies ins Auge zu fassen.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Name des Verbandes: Lingen (Antrags-Nr. 25)
--

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert bei der Suche nach Fachkräften alle sich als sinnvoll erweisenden Möglichkeiten der Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte zu nutzen, dabei aber die möglichst einfachen Alternativen zu priorisieren.

Begründung:

Die Gewährleistung eines nachhaltig vorhandenen Potentials an Fachkräften ist eine elementare Aufgabe der Politik, um den Wohlstand unserer Region zu erhalten und zu mehren. Aus nachvollziehbarem Anlass wird dabei im Kontext aktueller Debatten (Flüchtlingskrise, Spurwechsel, Einwanderungsgesetz) häufig der Bezug zum außereuropäischen Raum gesucht. Dies ist grundsätzlich nicht zu beanstanden.

Sachanträge zum BDT 2018

Allerdings sollten naheliegendere Alternativen verstärkt in den Blick genommen werden. Solche naheliegendere und mutmaßlich einfacher umsetzbaren Alternativen das regionale Potential an Fachkräften zu erhöhen, bestehen insbesondere darin Maßnahmen zu ergreifen, um die Erwerbsquote von Frauen (Vereinbarkeit von Familie und Beruf) zu erhöhen, Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, Fachkräfte aus anderen deutschen Regionen anzuwerben und EU-Ausländer zu gewinnen. Regelmäßig wird ein solches Vorgehen, bei dem ein unverzügliches Arbeits- und Niederlassungsrecht besteht und bei den Abschlüssen anerkannt werden, deutlich schneller zu einer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt führen, als die Schaffung von Möglichkeiten der Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten, jenseits des aktuell geltenden Rechts (Blue Card). Selbstverständlich bedarf es dennoch außereuropäischer Zuwanderung, die in einem Einwanderungsgesetz geregelt werden kann. Hier liegt aber nicht die primäre Lösung des Fachkräftemangels. Vielmehr wird dieses ein Baustein sein, um den Fachkräftemangel zu lösen. Die zuvor, oben genannten Alternativen bieten hier zumindest mittelfristig höhere Potentiale und sollten daher verstärkt in den Fokus gerückt und zunächst einmal priorisiert werden.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

**Name des Verbandes: Grafschaft Bentheim
(Antrags-Nr. 26)**

„Der Bezirksdelegiertentag beschließt einen Arbeitskreis zur gleichberechtigten Einbindung von Frauen mit dem Ziel, die Mitgliedschaft für Frauen attraktiver werden zu lassen und mögliche Diskriminierungen abzubauen. Der Arbeitskreis wird beim nächsten Bezirksdelegiertentag konkrete Lösungsvorschläge und Handlungsempfehlungen für den Bezirksverband sowie die Kreis- und Ortsverbände vorlegen. In diesem Zusammenhang soll sich der Bezirksverband ein Jahr nach der #MeToo-Debatte dezidiert kritisch mit Sexismus und Machtmissbrauch innerhalb der Jungen Union auseinandersetzen.“

Begründung:

„Als Junge Union wünschen wir uns einen Bezirksverband, in dem sich junge Frauen gerne und dauerhaft politisch engagieren wollen. Die Realität ist aber eine andere: Nur knapp drei von zehn Mitgliedern sind weiblich. Oftmals dominieren männliche Vorstände. Dies hat unser Bundesvorsitzender Paul Ziemiak auf dem Deutschlandtag in Kiel selbst eingeräumt. Trotz vieler positiver Einzelbeispiele drängen sich bei Führungsaufgaben auch weiterhin Männer in den Vordergrund während viele fähige Frauen eher abwartender reagieren und daher unberücksichtigt bleiben.“

Sachanträge zum BDT 2018

Das deutet auf ein strukturelles Problem im Umgang mit (potenziellen) weiblichen Mitgliedern hin. Diese offene Flanke gilt es auf oberster Ebene zu analysieren und zu schließen. Hier müssen sich die Mandatsträger, die Mitglieder des Bezirksvorstandes, aber auch alle anderen Mitglieder der JU und CDU in die Pflicht nehmen lassen.

Zudem muss spätestens jetzt, ein Jahr nach der #MeToo-Debatte, das Thema Sexismus und Machtmissbrauch auch in der Jungen Union und der CDU bearbeitet werden. Die Jugendorganisationen der großen anderen Parteien weisen bereits Vorgehensweisen gegen Sexismus in der Partei auf. Einer aktuellen Umfrage zufolge wurde jede dritte Frau Opfer von Belästigungen in einer politischen Jugendorganisation. Auch in unseren Reihen werden jedem Situationen mit anzüglichen oder herabwürdigenden Bemerkungen, Belästigungen, bis hin zu Übergriffen bekannt sein. Manche Frauen halten diese Belastung in ihrer politischen Arbeit aus, aber die meisten wenden der Politik infolge solcher Taten den Rücken zu. Insbesondere junge Mädchen brauchen Ansprechpartner, um sich gegen sexuelle Übergriffe zur Wehr setzen zu können und nicht möglicherweise durch die hierarchischen Vorstände und vermeintlichen Machtverhältnisse eingeschüchtert zu werden. Zur Prävention und Behandlung solcher Vorkommnisse braucht die Junge Union auf allen Ebenen entsprechende Strukturen.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Name des Verbandes: Meppen (Antrags-Nr. 27)
--

Die Junge Union Osnabrück-Emsland wird in Zukunft bei ihren Leitträgen entscheidende Zahlen mit Quellen belegen. Dabei setzt sie ihren Entschluss vom Bezirksdeligiertentag 2017, Antragsnummer 15, auch in der Praxis um.

Begründung:

Im aktuellen Leittrag sind wieder ein Großteil der Zahlen und Daten nicht belegt. Dies mildert die Stärke des Leittrags.

Votum der Antragskommission: Annahme

Sachanträge zum BDT 2018

Name des Verbandes: Osnabrück-Stadt
(Antrags-Nr. 28)

Um die allgemeine Akzeptanz des ÖRR zu stärken und die Qualität des Angebots zu steigern fordert die Junge Union Osnabrück-Emsland daher:

- Keine weiteren Beitragserhöhungen zu beschließen, Kosten zu senken und die Aufwendungen der einzelnen Haushalte in den kommenden Jahren zu halbieren
- Unterhaltungsangebote, die ebenfalls von privaten Anbietern erbracht werden könnten sind aus dem Programm zu nehmen.
- Eine Rückbesinnung auf den Auftrag des ÖRR durch einen überwiegenden Informations-, Bildungs- und Kulturanteil.

Begründung:

Grundlegende Reform des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Mit einem Portfolio von mehr als 200 TV-, Radio- und Digitalangeboten leistet sich Deutschland den umfangreichsten und mit Abstand teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) in Europa. Seit 1990 haben sich die jährlichen Einnahmen von ARD, ZDF und Deutschlandradio mehr als verdoppelt und beliefen sich im Jahr 2017 auf ca. 9,4 Mrd. Euro . Zum Vergleich: Die britische BBC kommt mit ungefähr der Hälfte aus. Ursächlich für die Rekordeinnahmen sind hauptsächlich die Beiträge, die seit 2013 haushaltsbezogen zu entrichten sind. Diese Pflichtgebühr in Höhe von derzeit 17,50 Euro trifft daher neben Familien auch alle alleinstehenden Studenten, Auszubildenden, Rentner und Alleinerziehende und zwar unabhängig davon, ob das Programm überhaupt in Anspruch genommen wird. Zunehmend weichen jedoch vor allem jüngere Menschen auf digitale Alternativangebote aus, insbesondere im Video-on-Demand-Bereich (Netflix, AmazonPrime etc.).

Für die genannten Personengruppen hat sich der Rundfunkbeitrag zu einer besonderen finanziellen Belastung entwickelt. Statt Kosten zu sparen, machen sich die Verantwortlichen trotz Überschüssen sogar noch für einen weiteren Anstieg der Gebühren stark.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland bekennt sich zu einem Öffentlich-rechtlichem Rundfunk, der für Qualitätsjournalismus und ein ansprechendes Bildungs- und Kulturangebot steht. Dieser sollte auch durch Gebühren finanziert werden um marktunabhängig zu bleiben und auch kulturelle Programmangebote mit geringeren Einschaltquoten zur Verfügung zu stellen. Derzeit stellt sich jedoch die Frage, ob

Sachanträge zum BDT 2018

der ÖRR seinem Auftrag noch gerecht wird. Besonders die kostenintensiven Unterhaltungsprogramme und Sportübertragungen beeinträchtigen die allgemeine Akzeptanz des Systems. Diese Inhalte können ebenso gut von privaten Anbietern übernommen werden, die durch den gebührenfinanzierten ÖRR einer unverhältnismäßigen Konkurrenz ausgesetzt werden. Auch sind die aufgewendeten Mittel im Unterhaltungsbereich aufgrund des geänderten Nutzungsverhaltens der Konsumenten dennoch nicht in der Lage die gewünschten Einschaltquoten zu erfüllen.

Statt eines umstrittenen gebührenfinanzierten Unterhaltungsfernsehens brauchen wir einen seriösen und zuverlässigen ÖRR als Kontrast zu kursierenden Fake-News und ungeprüften Nachrichten in den sozialen Netzwerken.

Votum der Antragskommission: Annahme mit Änderung

Änderungsantrag: *Um die allgemeine Akzeptanz des ÖRR zu stärken und die Qualität des Angebots zu steigern fordert die Junge Union Osnabrück-Emsland daher:*

- *Keine weiteren Beitragserhöhungen zu beschließen, Kosten zu senken und die Aufwendungen der einzelnen Haushalte in den kommenden Jahren zu halbieren*

- *Eine Rückbesinnung auf den Auftrag des ÖRR durch einen überwiegenden Informations-, Bildungs- und Kulturanteil.*

Name des Verbandes: Aschendorf-Hümmling (Antrags-Nr. 29)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Förderung von Kunst und Kultur in unserer Region.

Begründung:

Gerade in den ländlichen Gebieten sind Orte kultureller Veranstaltungen, wie Theater, Museen, Konzerthäuser, Opern oder Kunstgalerien häufig sehr rar. Dabei ist auch eine kulturelle Bildung essentieller Bestandteil der Persönlichkeitsbildung. Leider führt das Fehlen derartiger Einrichtungen gerade bei Jugendlichen häufig zu einer auf Berührungsängsten und Vorurteilen gründenden Ablehnung dieser. Das ist besonders dramatisch, da gerade Kunst und Kultur häufig einen sehr weltoffenen- und weltkritischen Ansatz verfolgen, der sich durch alle Lebensbereiche zieht und

Sachanträge zum BDT 2018

dabei auch einen besonderen Einfluss auf die Persönlichkeit ausüben kann. Kunst und Kultur fördern damit tendenziell weltoffener und kritischere Menschen, was unmittelbar für die Persönlichkeit des Einzelnen und mittelbar auch für die Soft-Skills und Kreativität am Arbeitsplatz von großer Bedeutung ist. Wenn wir in unserer Region und dort speziell in den ländlicheren Bereichen nicht abgehängt werden wollen, müssen wir kulturelle und künstlerische Veranstaltungen fördern. Nur so kann Bildung vollumfassend funktionieren. Zudem ist dieses ein wichtiger Standortfaktor für hochqualifizierte Fachkräfte. Um diese in unsere Region zu holen, ist ein Ausbau der Kulturlandschaft unabdingbar.

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Änderungsantrag: *Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Kommunen und das Land Niedersachsen auf, die Förderung von Kunst und Kultur in unserer Region in den Schulen u.a. durch AGs und in den Gemeinden durch Räumlichkeiten für Konzerte und Ausstellungen zu fördern.*

Name des Verbandes: Aschendorf-Hümmling (Antrags-Nr. 30)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Einrichtung kommunaler „Straßenausbau-Töpfe“.

Begründung:

Die Sanierung von Straßen bringt häufig enorme Kosten für die Anlieger dieser mit sich. Dabei ist für die Anlieger häufig wenig transparent, wann und in welcher Höhe diese Kosten entstehen können. Zudem kann es zu Fällen kommen, in welchen eine Straßensanierung ansteht, obschon ein Haus gerade erst erworben und die bestehende Straße somit nicht genutzt wurde. Die alleinige Erstellung von Sanierungsplänen bezüglich der Straßen schafft zwar mehr Transparenz diesbezüglich, löst jedoch trotzdem nicht die Problematik immenser Kosten, die sich auf einen Zeitpunkt konzentrieren sowie das Problem des sich wandelnden Nutzerkreises. Hier könnten kommunale Töpfe eingesetzt werden, in welche alle Straßenanlieger des gesamten Straßennetzes der Kommune anteilig ihrer Grundstücksgrößen oder Anliegerflächen einen monatlichen Beitrag zur Straßensanierung entrichten. Aus eben diesen Töpfen werden schließlich alle Straßensanierungen finanziert. Somit verteilen sich die enormen Kosten auf die gesamte Nutzungsdauer des Straßennetzes und etwaige besondere Kosten aufgrund partiellen starken Schwerlastverkehrs oder Ähnlichem werden auf den gesamten Nutzerkreis des Straßennetzes verteilt. Auch die Problematik des Hausverkaufes löst sich hiermit auf, da der Eigentümer jeweils

Sachanträge zum BDT 2018

für den Nutzungszeitraum, innerhalb dessen er selbst Anlieger der Straße ist, seinen Beitrag entrichtet.

Votum der Antragskommission: Erledigt durch Beschlusslage